



Große Anfrage

der Fraktion der SPD

Zukunft der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein

Federführend ist

Zukunft der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein

Die Kreditwirtschaft befindet sich derzeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Dies gilt nicht nur für durch die EU-Entscheidung zum Wegfall von Staatsgarantien für Landesbanken und Sparkassen (in Deutschland, Österreich und Frankreich) erforderlich gewordene Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Sektors, sondern auch für Privatbanken. Ein niedriges Wirtschaftswachstum, Unternehmenszusam-

menbrüche und der weltweite Niedergang der Börsenkurse und –umsätze haben Folgewirkungen. Zudem klagt der Mittelstand über die zurückgegangene Bereitschaft der Kreditinstitute, Kredite auszulegen.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Anzahl der Institute

Wie viele Kreditinstitute gibt es in Schleswig-Holstein gegliedert nach den drei Säulen:

- öffentlich-rechtlicher Sektor (Landesbank und Sparkassen, öffentliche Förderinstitutionen),
- Genossenschafts- und Raiffeisenbanken,
- Großbanken und andere private Banken (diese vertreten mit Geschäftsstellen),

darunter auch Spezialbanken, wie z. B. Bausparkassen, Hypothekenbanken, Schiffsfinanzierer, Direktbanken, Fondsgesellschaften,

und wie hat sich diese Anzahl in den zurückliegenden Jahren entwickelt?

2. Globalisierung

Wie hat sich die internationale Verflechtung der Kreditwirtschaft auf den Finanzstandort Schleswig-Holstein ausgewirkt?

Welche Auslandsbanken sind über Geschäftsstellen in Schleswig-Holstein vertreten?

Wie hat sich die Internationalisierung des Kreditgeschäftes entwickelt? Welcher Anteil von Umsätzen und Profiten kommt noch aus dem Inland?

Welche schleswig-holsteinischen Banken haben ausländische Tochtergesellschaften?

Wie schätzt die schleswig-holsteinische Landesregierung die zukünftige Entwicklung ein?

3. Anteil der Kreditwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt des Landes

Wie hoch war der Anteil der schleswig-holsteinischen Kreditwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von Schleswig-Holstein im letzten Jahr und wie hat er sich entwickelt?

Wie kommt es, dass nicht ausführlichere Daten über den Dienstleistungssektor, zu dem auch die Kreditwirtschaft gehört, und seine volkswirtschaftliche Bedeutung vorliegen, der in Schleswig-Holstein insgesamt über 70 % BIP ausmacht, sondern im Vergleich dazu mehr Daten über den primären Sektor (Land-, Forstwirtschaft und Fischerei) erfasst und publiziert werden, welcher lediglich mit 2,1 % zum Bruttoinlandsprodukt von Schleswig-Holstein beiträgt?

4. Umsätze und Profite

Wie hoch waren die Bilanzsummen in der Kreditwirtschaft im letzten Jahr, gegliedert nach den drei Säulen, und wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

Wie hat sich die Aufwands-/Ertragssituation schleswig-holsteinischer Kreditinstitute in den letzten Jahren entwickelt?

Ist die Feststellung einer großen Wirtschaftsprüfergesellschaft zutreffend, dass deutsche Banken relativ wenig verdienen und französische sowie englische vergleichsweise profitabler sind?

Trifft auch auf schleswig-holsteinische Kreditinstitute die Feststellung zu, dass in den letzten Jahren vor allem das Investment Banking den größten Teil des Gewinns einbrachte, und dass jetzt, nachdem dieser Bereich darniederliegt, man sich verstärkt wieder dem vernachlässigten Privatkundengeschäft zuwendet?

5. Arbeitsplätze

In ganz Deutschland betrug die Zahl der Arbeitsplätze in der Kreditwirtschaft im Jahr 2002 460.000. Wie hoch war die Zahl der in der Kreditwirtschaft (gegliedert nach den drei Säulen) in Schleswig-Holstein im Jahre 2002 vorhandenen Arbeitsplätze und wie hat sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

Wie viele Ausbildungsplätze stellen die drei Säulen der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein bereit und wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

In Veröffentlichungen wird in der letzten Zeit immer wieder über einen beabsichtigten Stellenabbau in der Kreditwirtschaft hingewiesen, häufig zur Kostensenkung. Allein bei den Großbanken sollen 30.000 Arbeitsplätze entfallen. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Arbeitsplatzentwicklung in der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein ein, gegliedert nach den drei Säulen?

6. Filialen

Wie hat sich die Zahl von Filialen der Kreditinstitute, gegliedert nach den drei Säulen, entwickelt?

Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Privatbanken, dass in fünf bis zehn Jahren die Hälfte aller Filialen wegfallen wird?

Welche Folgen hätte eine solche Entwicklung in der Kreditwirtschaft für Betriebe und Verbraucher, wenn sich öffentliche und private Kreditinstitute zunehmend aus der Fläche zurückziehen würden? Gibt es ähnliche Entwicklungen in anderen europäischen Ländern und welche Folgerungen wurden bereits daraus gezogen?

7. Direktbanken

Welche Direktbanken sind in Schleswig-Holstein angesiedelt und haben hier Call Center eingerichtet? Wie haben sich diese in den letzten Jahren in Bezug auf Umsätze und Arbeitsplätze entwickelt?

Welchen Anteil hat das online-banking heute an den Gesamtumsätzen der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein?

8. Steuerzahlungen

Die Deutsche Bundesbank hat festgestellt, dass Banken kaum noch Steuern zahlen. Die Steuerquote im Jahr 2002 fiel auf 26 %, im Jahr 2001 betrug sie 42 %. Einem Bericht des „Handelsblattes“ vom 17.9.2002 zufolge beliefen sich die ertragsabhängigen Steuern aller deutschen Kreditinstitute auf nur noch 3,7 Mrd €. Das sind 3 Mrd € weniger als im Jahr zuvor.

Wie haben sich die Steuerzahlungen der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren entwickelt, gegliedert nach den drei Säulen?

9. Zunahmen von Risiken

Wie schätzt die Landesregierung die Befürchtung (u. a. des Fitch-Reports) ein, dass durch die Vermeidung von Wertberichtigungen und durch die Auslagerung von Risiken derzeit große Unsicherheiten in den Bilanzen der Kreditinstitute stecken?

Die 15 Notenbanken der Euro-Zone als „lender of last resort“ haben am 1. März 2003 ein Memorandum verabschiedet, um Verwerfungen im Finanzsystem verhindern zu können. Dies könnte als Reaktion auf die schlechte Geschäfts- und Gewinnentwicklung bei den Großbanken angesehen werden.

Im Genossenschaftssektor gibt es bereits mit der Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG) ein Spezialinstitut zur Abwicklung von Problemkrediten.

10. Insolvenzen und gesetzliche Einlagensicherung

Welche privaten Kreditinstitute sind in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren insolvent geworden?

Finanzinstitute müssen nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EsAeG) von 1998 einer Entschädigungseinrichtung angehören.

Die öffentlichen Kreditinstitute haben dafür eine Sicherungseinrichtung gegründet, der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken ebenfalls. Wie hoch sind die dafür bereitgestellten Mittel? Mussten sie jemals in Anspruch genommen werden?

Wie weit haben sich die Verhandlungen um die Regelung der Einlagensicherung im öffentlich-rechtlichen Kreditsektor nach Wegfall von Anstaltslast und Gewährleistung entwickelt?

Im Bereich der privaten Kreditinstitute gibt es die gesetzliche Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH in Berlin.

Zusätzlich wurde vom Bundesverband der privaten Banken eine Einlagensicherung als 100 %ige Tochtergesellschaft des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) gegründet, deren Mitgliedschaft jedoch nicht von der Zugehörigkeit zur gesetzlichen Einlagensicherung befreit. Die Aufnahme in diese Einrichtung wird vom BdB jedoch nicht jeder Privatbank gewährt.

Warum hat der Bundesverband der Privatbanken eine eigene Einlagensicherungseinrichtung gegründet?

Auf welcher gesetzlichen Grundlage ist dies geschehen, wie ist das Prüfungsrecht geregelt? Warum liegt das Prüfungsrecht für beide Entschädigungseinrichtungen beim Bundesverband der privaten Banken?

Müssen bei beiden Prüfungen ebenfalls wie im Bereich des öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Sektors vereidigte Wirtschaftsprüfer eingesetzt werden, und wenn nein, warum nicht?

Wie hoch sind die für beide Einlagensicherungen jeweils bereitgestellten Mittel?

Mussten diese jemals von schleswig-holsteinischen Kreditinstituten in Anspruch genommen werden?

11. Kreditvergabe

Wie haben sich Forderungen und Verbindlichkeiten der Kreditinstitute sowie die Einlagen der Sparer, gegliedert nach den drei Säulen, in den letzten Jahren entwickelt?

Im Jahr 2002 ist laut Feststellung der Bundesbank das Volumen der Kreditvergabe an Unternehmen und Selbständige um knapp 20 Mrd € geschrumpft.

Wie hat sich die Auslegung von Krediten, gegliedert nach Geschäfts- und Privatkunden, in Schleswig-Holstein in den drei Säulen in den letzten Jahren entwickelt?

Gibt es hier signifikante Unterschiede zwischen den drei Säulen?

Wie hat sich die Durchleitung von Förderkrediten, beispielsweise von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, in den letzten Jahren in den drei Säulen der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein entwickelt?

Trifft auf die schleswig-holsteinische Kreditwirtschaft die Befürchtung zu, dass nicht nur das Angebot von Krediten, sondern auch die Nachfrage danach sinkt („Credit Crunch“)?

Wie beurteilt die Landesregierung die Prognose des Bundesverbandes der Privatbanken, dass die Kreditfinanzierung der Unternehmen an Bedeutung verlieren wird, weil die Unternehmen künftig zunehmend auf andere Finanzierungsalternativen, wie beispielsweise Beteiligungskapital, zugreifen würden, bzw. wie steht die Landesregierung zu der im Mittelstand wachsenden Sorge, von den Banken weg von der Kreditfinanzierung und hin zur Kapitalmarktfinanzierung gedrängt zu werden und damit steigende Finanzierungskosten zu haben?

Wie beurteilt die Landesregierung die Empfehlung des Präsidenten des Bundesverbandes der Privatbanken, Rolf-E. Breuer, die von der Europäischen Zentralbank vorgenommene Senkung der Zinsen um 0,5 Prozentpunkte nicht an die Kunden weiterzugeben?

Was ist aus der Ankündigung geworden, dass das Kartellamt prüfen würde, ob damit gegen das Empfehlungsverbot verstoßen wird?

Wie beurteilt die Landesregierung die Refinanzierungsmöglichkeit öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute nach Wegfall der Staatsgarantie?

Die Landesregierung möge ebenfalls darüber berichten, wie es in Schleswig-Holstein mit der Umsetzung der Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses (ZKA) vom Juni 1995 zum „Girokonto für jedermann“ (Drucksache 15/2500 des Bundestages) aktuell bestellt ist.

12. Mittelstandsfinanzierung in der Krise?

Die Wirtschaftsstruktur des Landes Schleswig-Holstein ist in besonderem Maße mittelständisch geprägt. Über 99% der fast 80.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein zählen qua Definition zum Mittelstand. In diesen Unternehmen arbeiten mehr als drei Viertel aller Beschäftigten in Schleswig-Holstein. Hier werden auch die meisten Ausbildungsplätze angeboten. Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern arbeiten damit deutlich mehr Schleswig-Holsteiner in kleinen und mittleren Unternehmen.

In der öffentlichen Diskussion wird zunehmend über die Probleme insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen im Hinblick auf eine ausreichende Unternehmensfinanzierung diskutiert. Dabei wird verstärkt auch über den Rückzug einzelner Institute oder gesamter Institutsgruppen aus der Mittelstandsfinanzierung spekuliert. Die Diskussion gipfelt oftmals in der These, der Mittelstand befände sich in einer akuten „Finanzierungsklemme“.

Teilt die Landesregierung die in der öffentlichen Diskussion teilweise geäußerte Ansicht, dass sich der Mittelstand in einer akuten Finanzierungs Krise befindet?

Welche Ursachen sind aus Sicht der Landesregierung für Veränderungen im Bereich der Mittelstandsfinanzierung maßgebend?

Hat die Landesregierung Erkenntnisse, wie sich die Kreditfinanzierungen des Mittelstandes in der jüngsten Vergangenheit entwickelt haben und liegen für Schleswig-Holstein spezifische Erkenntnisse vor?

Welche Maßnahmen wurden von den zuständigen Institutionen ergriffen, um gegebenenfalls negative Auswirkungen auf den Mittelstand zu vermeiden?

Sind die getroffenen Maßnahmen ausreichend, um negative Auswirkungen auch für den Mittelstand in Schleswig-Holstein zu vermeiden?

Sind nach Ansicht der Landesregierung in der Zukunft weitere Maßnahmen erforderlich, um eine ausreichende Finanzierungsbasis für den Mittelstand auch unter veränderten Rahmenbedingungen sicher zu stellen?

Sind daraus ggf. zusätzliche Forderungen gegenüber der Bundesregierung, der Kreditwirtschaft und dem Mittelstand selbst abzuleiten?

13. Rolle von Investitionsbank und Bürgschaftsbank des Landes

In welcher Weise werden die Investitionsbank und die Bürgschaftsbank des Landes tätig, um mögliche Nachteile für die Wirtschaft, die sich aus einer restriktiven Kreditvergabe der Kreditinstitute ergeben, ausgleichen zu versuchen?

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit beider Banken mit den Kreditinstituten?

14. Eigenkapitalunterlegung nach BASEL II

Welcher Indikator (Bruttoertrag oder Kreditvolumen) soll jetzt für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten festgelegt werden?

Welche Auswirkungen befürchten Kreditinstitute bei Bevorzugung von einem der beiden Indikatoren und wie stellt sich die Landesregierung dazu?

Was hält die Landesregierung von Aussagen aus den USA, dass sich dort nur die zehn großen internationalen Banken BASEL II unterwerfen würden und wie stellt sich die Landesregierung sodann zu der Forderung, BASEL II solle in Deutschland nur für die Großbanken verbindlich vorgeschrieben werden?

Wie stellt sich der Mittelstand in Schleswig-Holstein auf zunehmend erforderliche Ratings ein, um Kredite erhalten zu können?

Welche Maßnahmen werden getroffen, welche sind noch anzugehen?

Welche Beratungsinstrumente stehen in Schleswig-Holstein zur Verfügung?

Wie beurteilt die Landesregierung die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Ratingagentur?

15. Umgang mit Konten, bei denen kein Eigentümer mehr ermittelt werden kann

Wie aus der öffentlichen Diskussion in anderen europäischen Ländern deutlich wird, treten in der Kreditwirtschaft immer wieder Fälle auf, bei denen kein Eigentümer von Konten mehr ermittelt werden kann.

Die Landesregierung wird daher gebeten darzulegen, wie die Auskunftspflicht der Kreditwirtschaft über die Zahl und die auf diesen eigentümerlosen Konten liegenden Gelder bisher in Deutschland geregelt ist.

16. Strukturwandel

Was wird vom Verband der Privatbanken unter der Prognose verstanden, im Finanzsektor in Deutschland stünde ein „Strukturwandel“ bevor?

Wie stellt sich die Landesregierung zu der Aussage, dass Deutschland „over-banked“ und Überkapazitäten vorhanden seien, wenn beispielsweise im Genossenschaftssektor vor zehn Jahren noch die doppelte Zahl an Kreditinstituten vorhanden war? Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung in Schleswig-Holstein ein?

Als Therapie gegen die schwierige wirtschaftliche Lage der Banken hat der Bundesverband der Privatbanken eine radikale Neuordnung der Branche und die Aufweichung der Grenzen zwischen den drei Säulen des Kreditgewerbes empfohlen.

„Gerade private Großbanken haben durch Strategiewechsel ihre privaten und mittelständischen Kunden verunsichert und weite Kreise als Kunden zweiter Klasse behandelt“, lautete die Antwort des Präsidenten des Bundesverbandes Öffentlicher Banken (VOB), Hans Dietmar Sauer im „Handelsblatt“ vom 13. Dezember 2002 auf diese Forderungen.

Wie beurteilt die Landesregierung solche Forderungen von Seiten der Privatbanken?

Wo gibt es bereits Beteiligungsmöglichkeiten privater Banken an öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Kreditinstituten und wie stehen öffentlich-

rechtlicher und genossenschaftlicher Sektor zu dieser Forderung des Privatbankenverbandes?

Die Landesbank Schleswig-Holstein und die Landesbank Hamburg haben sich zur HSH Nordbank zusammengeschlossen.

Wie weit sind die Fusionen von weiteren Kreditinstituten in Schleswig-Holstein bereits gediehen:

- a) bei Sparkassen?
- b) bei Genossenschaftsbanken?
- c) bei Privatbanken?

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über Kooperationen von Kreditinstituten in Schleswig-Holstein jeweils innerhalb der einzelnen vor?

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von schleswig-holsteinischen Kreditinstituten mit dänischen, ähnlich wie zwischen saarländischen und französischen bzw. bayerischen und österreichischen Sparkassen?

17. Stiftungen

Welche von der Kreditwirtschaft eingerichteten Stiftungen gibt es in Schleswig-Holstein, gegliedert nach den drei Säulen, welche Aufgaben und welche Vermögensausstattung haben diese?

18. Gesetzgebung

Was ist an Neuregelungen von Seiten der Bundesregierung für diesen Kreditsektor zu erwarten mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland zu erhöhen, nachdem die Bundesregierung bereits die Bankenaufsicht zusammengeführt und die Mittelstandsbank gegründet hat?

Was ist in Richtung auf eine stärkere Verantwortung von Vorständen und Aufsichtsräten in der Kreditwirtschaft an Änderungen zu erwarten?

Welche Maßnahmen hält die Landesregierung zusätzlich für erforderlich?

Lothar Hay
und Fraktion